

Arbeiterkunde

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Ziegenstein monatlich bei Post 2 RM. halbjährlich 1 RM. durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zuschlagsabgabe) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaften b. d. Dresden-U. Güterbahnhofstraße 2 / Preisstufe: 17 25% / Postleistung: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaften-Gesellschaft: Dresden-U. Güterbahnhofstraße 2 / Amtsamt: Amt Dresden Nr. 17250 / Dienstzeit: Arbeitsschicht: Werkzeit 8 bis 16 Uhr / Sonn- und Feiertags 8 bis 12 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Ungelgenreis: Die neuromal geballte Monarchie oder deren Raum 0,5 RM. im Rahmen zweiges 0,20 RM. für die Reichswehr am nächsten Tag einer Zeitung 1,00 RM. Umlauf-Uhrzeit: montags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterkunde" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Einspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurücknahme des Bezahlgeldes

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 21. März 1928

Nummer 69

Koalition in Hamburg

Die SPD überlässt den Bürgerlichen die Führung / Petersen bleibt erster Bürgermeister / Der Verrat an der Arbeiterschaft

Hamburg, den 20. März.
Die Verhandlungen zwischen der SPD, Demokraten und Volkspartei über die Regierungsbildung sind heute vormittag zum Abschluß gekommen. Der Senat soll fünfzig statt aus 15 nur aus 12 Mitgliedern bestehen. Die SPD hält davon nur die Hälfte. Auch die Demokraten haben gegenüber der Volkspartei einen Teil ihrer Rechte abgegeben. Bürgermeister bleibt bis zum 1. Januar 1930 der Demokrat Dr. Petersen. Nach 1930 soll dann Dr. Petersen an die 2. Stelle treten und die 1. Stelle ein Sozialdemokrat übernehmen. Die Bürgerlichen Parteien behalten also die Mehrheit im Senat, da bei Stimmengleichheit der Vorsitzende den Ausschlag gibt. Um diese Koalitionsverhandlungen vorzutragen, ist eine Wendeung des verfassungsmäßigen Senatsgesetzes notwendig.

Der Kuhhandel, der zwischen den Parteien der Bürgerlichen und der Sozialdemokratie zu der Hamburger Bürgerschaft geführt wurde, kennzeichnet wieder die Stellung der SPD. In der Arbeiterschaft und vor allen unter den sozialdemokratischen Arbeitern herrscht große Erregung, doch man die Mehrheit im Hamburger Senat nicht erwartete. Ohne die Mindestförderung der Arbeiter zu beachten, die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit auszunutzen, nahmen die Sozialdemokraten Verhandlungen mit den Volksparteien und den Demokraten auf, zwecks Bildung der Regierung der Großen Koalition.

Das Ergebnis war, die Bildung einer Regierung, wobei die Koalitionsparteien nahezu die Hälfte aller Sitze bekommen haben. Die Demokraten und Volksparteier erhielten je drei hauptamtliche Senatsmitglieder. Die hauptamtlichen Mitglieder werden nachträglich noch bestimmten Schlüssel aufgeteilt, und zwar zwei Volksparteier und zwei Sozialdemokraten. Hinsichtlich der Bürgermeisterposten wurde festgelegt, daß 1928 und 1929 der Demokrat Petersen als 1. Bürgermeister bleiben, und als 2. Bürgermeister

weiterhin ein Sozialdemokrat. 1930 soll dann ein SPD-Mann 1. Bürgermeister werden, während Petersen 2. Bürgermeister wird. Bezeichnend ist, daß der SPD eingeräumt wurde, einen Bürgermeisterposten mit diesen Zeitpunkt zu erhalten.

In elendem Schachet haben die sozialdemokratischen Führer die Arbeiter vertraten. Sie haben nicht einmal mehr für notwendig gehalten, nach außen hin über die Ausnutzung der Mehrheit der kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen zu reden. Sie haben den Bürgerlichen Parteien die Mehrheit der Senatsmitglieder geschenkt. Die Kommunisten hatten den Sozialdemokraten erklärt, daß sie bereit sind, eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen, solange diese Regierung Arbeiterinteressen vertreten würde. Die sozialdemokratischen Führer haben damals die Verhandlungen im Interesse der Koalition mit dem Bürgertum gelöst.

Die Hamburger Regierungsbildung ist ein bedeutsames Vorspiel für das Verhalten der SPD-Führerhaft zu den Reichstagswahlen. So wie in Hamburg, lennen sich im Reich die SPD-Führer kein anderes Ziel, wie das unabdingbare Anstreben der Koalitionsgouvernement. Alle Redenarten, die jetzt von den SPD-Führern gegen das Bürgertum und seine Politik angeführt werden, müssen von den Arbeitern betrachtet werden unter dem Gesichtspunkt dieses Hamburger Vorganges.

Die SPD überlässt dem Bürgerlichen Bürgermeister die erste Stelle und will eventuell 1930 die zweite Stelle übernehmen. Die Belassung Petersens ist das beste Zeichen dafür, daß die SPD keinen, auch nicht den geringsten Konflikt mit dem Bürgertum will. Diese Schachetpolitik nennt die SPD dann Klassenkampf. Für diese erbärmliche Schachetpolitik sollen die Arbeiter beim Reichstagswahlkampf gewonnen werden. Flechner, Toni Sender und Edel verluden diesen Schachet mit radikalen Phrasen zu verdecken. Die Arbeiter dürfen sich aber nicht täuschen lassen, die SPD ist und bleibt die treueste Stütze des Kapitalismus.

Zur 5. Reichskonferenz des RFB

Von Ernst Thälmann

Die Schuh- und Abwehrorganisation des deutschen Proletariats, der Rote Frontkämpferbund, tritt am 22. März zu seiner 5. Reichskonferenz zusammen.

In Hamburg werden die Delegierten des RFB aus dem ganzen Reich zusammentreffen, um über die Linie und die Methode der kommenden Arbeit wichtige Beschlüsse zu fassen. Es gilt, den Vormarsch der Roten Front durch klare Aufgabenstellung, durch erlösende Analyse der politischen Fragen und durch offene Selbstkritik an den Schwächen und Mängeln der bisherigen Arbeit zu fördern.

Gewaltige Aufgaben gilt es zu lösen! Der Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen läßt die Gefahr des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in grelle Weisung. Die Rolle des deutschen Imperialismus, sein Einflussen in die Kriegsfrente des Westimperialismus gegen die Sowjetunion, kann nicht einmal die linke SPD-Presse mehr leugnen. Der Schutz des proletarischen Vaterlandes, die aktive Solidarität mit dem ersten Arbeitervaterland werden im Kampflosungen des deutschen Proletariats. Der RFB hat es im Laufe des vergangenen Jahres verstanden, drei Massen der Werkstätten für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu mobilisieren. Uns allen ist der übermächtige Einbruch des R. Reichstreikens noch gegenwärtig. Und die überfüllten Kundgebungen aus Anlaß des 10. Jahrestages der Gründung der Roten Armee haben bewiesen, daß die besten Massenbewegungen der Arbeiterschaft noch wie vor dem Auftauch der Roten Front folgen.

Jetzt gilt es aber, sich mit dem bisher erreichten nicht zu begnügen, sondern den systematischen Tageskampf um die Aktivierung aller Arbeiter zu führen, die noch von den Sozialimperialisten vom Schlag der Wels, Stampfer, Kreisfeld irreguliert werden und die Gefahr eines neuen 4. August 1914 nicht loben. Es gilt aufzuzwingen, daß die Ablösung der Wirtschaftskämpfe der Arbeiterschaft durch die Reformen ebenfalls der Durchführung des Programms des deutschen Imperialismus diene.

Die Einheitsfront zwischen dem Bürgertum und der SPD bei der Verschärfung des Wissensstandards liefert den klassischen Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie die imperialistische Wehrpolitik der deutschen Bourgeoisie die Waffnung der Reichswehr und der Marine immer offener unterstützt. Diese Zusammenhänge den breiten Massen der Werkstätten gilt es begreiflich zu machen, den pazifistischen Betriebsmonopolen des Reformismus die Erfüllung seines imperialistischen Charakters und seine gehangene Propaganda für das Überlebensprogramm der Sowjetunion entgegenzuwirken.

Als außerparteiliche Massenorganisation kann dabei der RFB gerade zur Sammlung der noch auf einer unentwickelten Stufe des Massenbewußtseins befindenden proletarischen Arbeiterschaften viel beitragen und auf diese Weise dem revolutionären Massenkampf unmissbare Dienste erweisen.

Im innigen Zusammenhang mit dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg steht das zweite große Aufgabengebiet des RFB, der Kampf gegen den Faschismus. Wohl erklären die reformistischen Führer: „Es gibt keine sozialistische Gefahr mehr!“ Gerade mit diesem Vertragsmandat erwiesen sie sich aber als die Heilsheiter des Faschismus. Keine Liquidierung, sondern eine Veränderung der Formen der faschistischen Kriegsdekte: das ist das Wesen der politischen Entwicklung der letzten Jahre. Diese Veränderung gilt es allerdings, rechtzeitig zu erkennen und die Kampfstrategie der proletarischen Schuh- und Abwehrorganisation darauf einzustellen. Es gilt, zu begreifen, daß das deutsche Trustkapital selbst unmittelbar faschistische Methoden verwenden wird, sobald der entschlossene Widerstand des Proletariats einen Grad erreicht, der die Durchführung der Schachetpolitik mit den bisherigen Mitteln unmöglich macht.

Die faschistischen Gardinen des Bürgertums werden nicht nach Hause geföhrt. Sie stehen bereit, um dem Kommando der Tschekoslowaken folgend, in Wirtschaftskämpfen die streikenden und rebellierenden Arbeiter niedergeschlagen. Ihr Einfluß unter den Werkstätten selbst ist zurückgegangen, aber ebenso wie jener des Reichshandels noch nicht gebrochen. Der RFB wird ungeachtet aller Schikanen und Verfolgungen der republikanischen Polizei, ungeachtet der Verbote, der Auflösung mehrerer Ortsgruppen und der ihmerten Rassennarren gegen Rote Frontkämpfer den Kampf gegen den Faschismus mit unermüdlicher und gesteigerter Energie weiterführen.

Die Arbeit des RFB seit der 6. Reichskonferenz hat erhöhte Voraussetzungen für diese gefestigte revolutionäre Aktivität gebracht. Die innere politische Weltklopfelheit des Bundes, kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß die Versuche der Massen-Agenten in die Reihen des RFB Bemübung und Uneinigkeit hineinzuholen, mit völliger Misserfolg endeten. Die 6. Reichskonferenz wird zu den auf verschiedenen Gaufunktionen schon angenommenen Revolutionen Stellung zu nehmen haben, manch' Revolutionen, die wir den kommunistischen Organisationen in Verbindung sehen oder deren Literatur verbreiten, im RFB keinen Platz haben.

Welt im organisatorischen Hinblick steht der RFB innerlich festig und konsolidiert da. Dieser ungewöhnlichen Werbetaffair des Bundes, steht allerdings eine harfe Fluktuation gegenüber. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der 5. Reichskonferenz, welche Arbeitsmethoden festzulegen, die geeignet sind, neue we-



Die Angellagienbank

die Werkskraft noch mehr zu steigern, sondern auf die Motivation auf ein unvermeidliches Minimum herabzudrücken.

Dazu ist es notwendig, daß der RöB sein Eigenleben als proletarische Schutz- und Abwehrorganisation bewahrt. Neben der nötigen Mitarbeit auf allen Gebieten des revolutionären Klassenkampfes, insbesondere der Wirtschaftskämpfe, liegt die Hauptaufgabe des RöB in der besonderen Tätigkeit auf seinem eigenen Gebiete.

Kurs auf die Eroberung der Massen! Der RöB muß seine Tore breit öffnen, für die jungen, vom revolutionären Drang erfüllten proletarischen Elemente, muß sie heranziehen, schulen für die politische Arbeit, neue Zehntausende von aktiven Kämpfern gegen den imperialistischen Krieg, gegen den Bürgerkrieg, gegen den Faschismus und Reformismus zu gewinnen und zu erziehen.

Dieses Ziel kann aber nur durch die Errichtung der proletarischen Einheitsfront erreicht werden. Der RöB Frontkämpferbund muß gegen die reformistischen Spalter der Arbeiterfront, für die Errichtung der einheitlichen roten Kampffront der Werktägler noch wie vor je eine ganze Kraft einsetzen. Berksfürster stand gegen den Reformismus, gegen die Rechtsspalte in der Arbeiterbewegung — diese im internationalen Maßstab gültige Lösung für den RöB Verkörperung und Kontinuierung des Kampfes gegen die sozialdemokratische Reichsbannerführung. Dabei werden die Kräfte des RöB fast ausschließlich auf die Errichtung der Einheitsfront von unten gerichtet sein. Trotz der ehrlichen objektiven Möglichkeiten, trotz des Reichsbannerkriegs in Vorjahren wurden auf diesem Gebiete keine größeren Erfolge erzielt. Erst die gründliche politische Durchbildung der gelungenen Einheitlichkeit, die Ausrichtung der Soldaten des roten Klassenfronts mit den Waffen des revolutionären Willens wird uns um einen entscheidenden Schritt vorwärts bringen können.

Je mehr die Kriegsschäfe fliegen, umso größer wird die Bedeutung der Gewinnung der arbeitenden Jugend für die rote Klassenfront. Stärkste Unterstützung des Roten Jungfront ist Mangel nicht nur des RöB, sondern des gelungenen revolutionären Proletariats. Die guten Erfolge des Märzaufstands der Roten Jungfront sollen hier zu weiterer verstärkter Arbeit anstreben.

Die kommunistische Partei Deutschlands rückt heftige Kämpfe an die Reichskommandeure des Roten Frontkämpferbundes. Die revolutionäre Partei des Proletariats und seine Schutzhülle und Abwehrorganisation werden in der Zukunft wie in der Vergangenheit Schützer am Schülter kämpfen. Nicht nur die Schützen, alle Mitglieder der Partei müssen bereitstellen, daß die Partei die proletarische Schutzhülle und Abwehrorganisation politisch unterstützen muß, ebenso wie alle Kameraden der Roten Front in der RöB die Führung der revolutionären Arbeiterschaft erkennen, deren Sieg auch ihren Sieg bedeutet.

In diesem Sinne kommen die Mitglieder der Partei und mit ihnen auch die breiten Kreise der mit den revolutionären Organisationen sympathisierenden Arbeiter am 23. März in unserem Kampftag ein:

Rot Front der 5. Reichskonferenz des RöB!

Massenkundgebungen

Gegen die Aufländerei — Für Völkerfreiheit

Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die RöB Groß-Berlin eröffnete gestern den Wahlkampf durch sieben große Kundgebungen der Berliner Arbeiterschaft. In diesen Versammlungen forderte Redner die Zustimmung der klassenbewußten Arbeiterschaft, als sie den Wahlkampf als eine Revolutionierung der Massen zum außerparlamentarischen Kampf aufzeigten.

In allen Versammlungen wurde stürmisch protestiert gegen die Maßnahmen der Bürgerkriegsregierung, gegen den Bruch mit Sovjetrussland wegen der Verhaftung der sechs Ingenieure im Doubsgebiet und gegen die sozialdemokratischen Handlanger. Voller stürmischer Entzündung waren die Arbeiter über die Verhinderung der Völkerfreiheit für die proletarisch-politischen Gefangenen durch die flüchtige und verräterliche Politik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Kein Interesse für Genf

Berlin, 21. März 1928.

Das Berliner Tageblatt meldet aus London: "Während noch vor einem Jahr die gesamte Londoner Presse Sonderkorrespondenzen nach Genf hoffte, verzichtet heute abgesehen von Times, die gesamte Presse auf diese Maßnahme. Eine allgemeine Ermüdung und ein ausgesprochener Skeptizismus ist bezüglich auf den praktischen Wert der Völkerbundskonferenz machtlich bemerkbar. Sunday Times schreibt: „Es gibt in Genf eine Konferenz, die sich vorbereitende Abrüstungskommission nennt. Es ist aber kaum anzunehmen, daß auch ihre 500 Sitze sie ihrem Ziel näherbringen wird.“ Manchester Guardian schreibt: „Die Abrüstungskommission nahm ihre Verhandlungen wieder auf. Man

Zubruch der Weltwirtschaftsbeziehungen zu Gewerkschaft und Kriegsgefahr

Und zusammenhängende Ercheinungen der sich zusätzlichen Klassegegnisse zwischen Arbeiter und Kapitalisten, und der sich verschärfenden imperialistischen Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten selbst. Der Angriff aller kapitalistischen Staaten gilt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Die Macht der Arbeiter und Bauern im Osten, der ein Schatz der Erde umfassende proletarische Staat soll niedergeschlagen werden, um Raum frei zu machen für die weitere, härtere Unterdrückung der Arbeiter in allen Ländern der Welt, für die Sieg

zu betrügen. Auf einmal reden sie von politischen Verbrennungen, nach wieder vom Frieden, führen aber gleichzeitig eine wütige Kriegsgefahr.

Arbeiter, Werkstätige in Stadt und Land!

Die einzige Partei, die wirklich für eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Massen eingetreten, die einzige Partei, die gegen einen neuen imperialistischen Krieg kämpft, die gewinnt ist, die Massen des Proletariats gegen ihre Feinde, für den Sieg der Arbeiterklasse zu führen, das ist die

Kommunistische Partei.

Deswegen muß die Arbeiterschaft, müssen die Werkstätigen sich in der Kommunistischen Partei zusammen, müssen sie sich unter dem Banner des Kommunismus sammeln.

Der

Reichstagswahlkampf

muß im Zeichen der **Verteidigung der revolutionären Front** stehen.

Auch nach der Wahl wird der Bürgerkrieg weiterbestehen. Nur der entschieden fortgeschreitende Kampf wird diesen blind verhindern.

Nur die RöB führt den Kampf gegen den Bürgerkrieg, die SPD steht nach der Koalition mit den Bürgerkriegsparteien.

Deswegen:

Unterstützt die RöB!

Zeichnet auf ihre Sammellisten!

Gebt euer Schaflein für die Revolution!

Der Kampf um die Amnestie!

SPD und Zentrum verhindern die Freilösung der proletarisch-politischen Gefangenen

Der Reichsausschuß des Reichstages verhandelte in letzter Periode über den Amnestiegegenentwurf des Kommunisten. Da längerer Reichsausschusshandelszeitraum von neun Monaten als Grundlage zur Prüfung zu nehmen war, so wurde zunächst eine provisorische Amnestie möglich gewesen wäre. Sie wurde nämlich gemacht durch die Annahme des Antrages Bergmanns von der Zentrumspartei durch die Sozialdemokratie. Das heißt die Sozialdemokratie und Zentrum sind in Aussichtnahme der Amnestierung, worunter auch Poelz, Margies u. a. zu freien waren. Wir haben als Kommunisten keine Sympathie für diese Amnestie, aber wir bestreiten haben und von uns bestreiten wurde, daß die Partei der Polizei gegenüber gemeinsam. Die wütig Schuldigen wurden noch nicht gerichtet und werden nicht gefangen. Nur wenn man Freiheit an der weiteren Zukunft proletarisch-politischer Gefangener in Zusammenhang mit Freiheit und damit verbunden, wie die SPD und mit dem Zentrum, bestreiten auf einem Stand befinden. Der Anteilungsantrag war noch nicht gemacht. Wenn der Vorsitz der Untersuchungskommission noch nicht die Absicht bestreitet, um welche Stellung die gleiche Stellung zu beziehen wie die Reichsbahn-Amt.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen bei der Reichspolizei ergebnlos verlaufen sind. Die Reichspolizei verlangt will Paroluris abwarten, wie der Kampf der Eisenbahner verlaufen wird, um dann sowohl in der Verteilung, als auch in der Arbeitszeitfrage die gleiche Stellung zu beziehen wie die Reichsbahn-Amt. Die Verteilung der Eisenbahner ist inzwischen die kommunistischen Arbeitgeber bestreitet worden, während die sozialdemokratischen Arbeitgeber bestreiten wollen, um die sozialdemokratischen Arbeitgeber bestreiten zu wollen, während die sozialdemokratischen Arbeitgeber bestreiten wollen, um die sozialdemokratischen Arbeitgeber bestreiten zu wollen.

Landespartei (SPD) erläutert, daß die SPD nach wie vor für den Anteil Poelz kämpfen könnte, wenn der Vorsitz der Untersuchungskommission einer sozialen Freiheit entspricht und einen Vorschlag dazu machen wird. Heute Poelz ist noch einmal bei einer Sozialversicherung noch den Wahlen reicht wie kommunistisch nicht, auch wenn Herr Dr. Landsberg mit den sozialen Wahlen daran verweist. Die Stellung der SPD wird im Kampftag eine Rolle spielen, wenn die Arbeiter erhalten, mit welchen Wahlen und in welchen Aufruhr bestreitet am Arbeitsplatz bestreitet, um welche Stellung die kommunistischen Arbeitgeber bestreiten werden, um welche Stellung die sozialdemokratischen Arbeitgeber bestreiten werden.

Rathden Koerntje (SPD) für eine Einigung mit Zentrum und Mittelparteien für einigstet hatte, weil das allerdings die Wörter von der Amnestie ausdrücklich waren, und noch einmal von Unternehmenswirtschaft erneut, das ist noch nicht gemacht, um keinen Verdacht am Deutschen zum 25. März aufzuhören zu überwinden.

Die Schluß am Ende einer Amnestie würde in dieser Erwartung von einer Partei auf die andere wechseln. Wenn die Kommunisten vertraten konsequent den Standpunkt, daß die proletarisch-politischen Gefangenen von ihren Parteien bestreitet müssen, und daß gerade alle bürgerlichen Parteien einigstetlich der SPD, alle Verantwaltung haben, die Verantwortung des Proletariats durch Freilösung aller proletarisch-politischen Gefangenen menschlich zum Teil wieder einzumachen.

Maschinengewehr gegen Bauern

Wien, 20. März

Die österreichische Tageszeitung "Der Standard" bestreitet: "Unzulänglich der jetzigen nochmaling in Vierzeilen, welche die Arbeitervereinigungen auf Landwirtschaftsbauern, Frischmilchbauer und Kleinhändler angemeldet, die durch Erzeuger von Fleisch aus den Verarbeitungsplänen die Regelung von Agrararbeiten zu behindern trachten. Der Vorsitz des Kreises Kampf hat die Schimpfpolizei kommandiert, wonach 20 Mann aus Kommando erscheinen, die mit dem Gummimulchpflug gegen die Bauern vorgegangen. Es gab mehrere Wehrverbrennungen. Bis zu der Tumulte immer mehr Feindseligkeit, weil ein betrunkenen Läufer der Standard geworfen wurde und die Karabiner laden. Anfangs durch eine hohe Lage wurden die weiteren Arbeitervereinigungen abgedroht. Auf dem bekannten Verhalten des Österre. Bauerns gegen die anwesenden Landwirte Aufruhr ist es zu verantworten, daß noch im letzten Augenblick ein Bürgerzögling erschossen wurde."

Die Deutsche Tageszeitung schreibt dazu: "Wir haben immer und immer wieder dagegen davor gewarnt, Verzweifelnde mit Gewalt zur Ruhe zu bringen zu wollen. Stattdessen hat eine weise Regierung mit gezielterer Sicht die Bauern durch juridische und ihnen die gehaltete Faust vor Augen gehalten. (Die Deutsche Tageszeitung vergißt hinzuzufügen, ob sie damit die Bürgerkriegsregierung meint, oder die sozialistische Koalitionsregierung, oder welche Regierung sonst? D. R.) Gleichzeitig aber muß verlangt werden, daß der Vorsitz, der durch kein deutsches Vorgehen die Bauern bis aufs Blut gereizt hat, zur Rechenschaft gezogen wird."

Die Arbeiterschaft wird noch oft Gelegenheit haben, die Deutschnationalen darum zu erinnern, daß Verzweifelnde nicht mit Gewalt zur Ruhe zu bringen sind. Andererseits werden die Kleinbauern aber noch oft erfahren, daß sie trotz der Versprechungen der Deutschnationalen noch oft vor den Maschinengewehren stehen werden, wenn sie sich gegen die Rauplündungen zur Wehr setzen.

Der RöB-Kongress

Wien, den 20. März 1928.

Auf dem Kongreß der Roten Gewerkschaften nationale Nähe wende Völkerfreiheit in seinem Referat "Die Ergebnisse und die weiteren Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung" folgendes aus:

Der Kapitalismus durchlebt eine Periode des überaus verhärteten Kampfes um die politische und wirtschaftliche Weltbegrenzung. Gegenwärtig spielt sich ein Kampf um Afrika ab, um die Ausfuhr von Kapitol und die Neuauftteilung der Kolonien ab. Antideutschen sind die Auswirkungen in immer stärkerer Ausmaße begriffen, es werden Kriegsbündnisse aufgestellt und die Vorbereitungen zu neuen imperialistischen Kriegen werden ganz offen betrieben. Die Unlösbarkeit des kapitalistischen Systems verhält sich durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Sowjetunion. Die größten kapitalistischen Mächte führen einerseits zum Kriege untereinander und jüden andererseits die Einheitsfront zur gemeinsamen Aktion gegen die Sowjetunion herzustellen. Die Arbeiter werden in einer Reihe von Ländern des Rechtes auf Gewerkschaftsorganisationen, die auf dem Klassenprinzip beruhen, herauftreten. In vielen Ländern wurde mit Hilfe der Gewerkschaften ein oligopolaerisch-Schließungsvertrag der kapitalistischen Macht geschaffen.

Die reformistischen Gewerkschaften unterscheiden sich je nach Zweckwegen von liberalen, demokratischen, katholischen und jüdischen Gewerkschaften, die auf dem Grundsatz der Einheit der Interessen der Arbeit und des Kapitals aufgebaut sind. Allerdings haben sich die reformistischen Verbände mit den Arbeitgeberorganisationen vereint. Vor wenigen Jahren ist ein Block der Arbeitgeber und der Polizei und der Gewerkschaftsführer gegen die streitenden Arbeiter entstanden.

Die Wirtschaftskämpfe nehmen insofern der Konzentrierung der Industrie politischen Charakter an. Die gegenwärtigen Gewerkschaften und Streiks, die in verschiedenen Ländern entstehen, geben aus den Bedingungen der Arbeit her vor, der kapitalistischen Rationalisierung und der Herabsetzung des Lebenshaltungs niveaus der Arbeiterschaft entgegenzuwirken. Die Frage der Streitstrategie der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den kapitalistischen Ländern wird besonders wichtig.

Nicht jeder Konflikt muß unbedingt zum Streit führen. Man kann nicht zum Streit aufrufen, wenn die Situation ungünstig ist, und wenn die Massen noch nicht sammelbereit sind. Tönende Maßnahmen, denen keine Handlungen folgen, sind zu vermeiden. Man muss dessen eingedenkt sein, daß ein Streit die größte Kraftexplosion und Klarheit über die Ziele, um die er geführt wird, erweckt. Damit der Sieg in den Wirtschaftskämpfen gewertet werde, müssen die Streitkräfte und die Agenten des Kapitals

auf den leitenden Inhalten der reformistischen Gewerkschaftsbewegung ausgestoßen werden.

Während in allen kapitalistischen Ländern die politische und wirtschaftliche Oppression gegen die Arbeiterschaft und deren Gewerkschaftsorganisationen im Gang ist, ist in der Sowjetunion die Rolle der Gewerkschaften im politischen und wirtschaftlichen Leben des Landes in keinem Maße begreifbar. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaften ändert sich. Die sozialistische Rationalisierung der Produktion bestreift die Verkürzung der Arbeitszeit unter Tage, ist unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeiterschaft über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen über das Bergarbeitsabkommen im Berggebiet sind und werden aus Eisen ergänzt abgeschlossen. Gegenüber den Verhandlungen der Gewerkschaften beharrten die Unternehmer auf ihrer Forderung des 8½-Stundenarbeitszeit auf einer Tag, und außerdem noch Überstunden. Der Gedankenstand hat den Schlichter angenommen. Die Verhandlungen sollen am 28. und 29. März stattfinden.

Schiedspruch im oberösterreichischen Bergbau

Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen über das Bergarbeitsabkommen im Berggebiet sind und werden aus Eisen ergänzt abgeschlossen. Gegenüber den Verhandlungen der Gewerkschaften beharrten die Unternehmer auf ihrer Forderung des 8½-Stundenarbeitszeit auf einer Tag, und außerdem noch Überstunden. Der Gedankenstand hat den Schlichter angenommen. Die Verhandlungen sollen am 28. und 29. März stattfinden.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündigem Schicht soll sie bis über Tage auf 9½ Stunden ermäßigt. Die Stundenarbeitszeit über Tage sollen in Schichtarbeiten umgewandelt werden. Die Vollzugsordnung für den Schichtarbeitszeit läuft am 26. März ab.

Die Verhandlungen im oberösterreichischen Bergbau Berlin, 21. März (Vig. Nachrichten)

Die Verhandlungen führten folgenden Spruch zum Abschluß und zum Bergarbeitsabkommen: Die Arbeitszeit unter Tage soll unverändert acht Stunden beibehalten, die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben zehn Stunden, bei 11-stündig

Einwinnowes Unflagerebe in Genf

Der Völkerbund als Kulisse der Kriegstreiber — Die Sowjetdelegation fordert allgemeine, vollständige Abstützung — Die Imperialisten sollen Farbe bekennen!

Nachstehend bringen wir den ausführlichen Bericht des sozialen Komitees auf die Abstüzungskonferenz in Genf.

1. Der Vorschlag der Sowjetregierung betreffend eine fast völlig vollständige Abstüzungskonvention, der vor etwa einem Monat durch die Delegation der Sowjetunion dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht wurde, ist vollständig auf den Grundlagen aufgebaut, die von der Sowjetdelegation während der letzten November-Tagung (der 4.) der Vorbereitenden Abstüzungskommission vorgebracht wurde.

2. Dieser Vorschlag einer Konvention — und ich möchte auf diesen Punkt die ganz besondere Aufmerksamkeit der Kommission lenken —, dieser Vorschlag, liegt ihm nicht voran, daß bereits zwei ersten Jahre an, in welchem er in Kraft tritt, die Streitkräfte zu Wasser, zu Lande und in der Luft in allen Ländern in einem solchen Zustand gebracht werden, daß ihre Ausnutzung zur Kriegsführung schwierig würde. Das würde die Möglichkeit befehlster Konflikte leicht vor der Verwirklichung einer vollständigen Abstüzung beträchtlich verringern.

3. Ich halte es nicht für notwendig, alle Details unseres Vorschlags hier zu erörtern, da er ja von einer erklärenden Note begleitet war, die allen Mitgliedern der Kommission gleichzeitig mit dem Vorschlag überliefert worden ist.

Die Sabotage der Sowjetvorschläge

4. Ich möchte der Kommission in Erinnerung bringen, daß während der 4. Tagung der Vorbereitenden Kommission kein Bericht einer praktischen Erörterung der Sowjetvorlage gemacht worden sind. Im Laufe der außerordentlich kurzen Debatten, die sich auf diese Frage bezogen, drohte man kein einiges auch nur irgendwie begründetes Argument gegen den Sowjetvortrag vor; er war nicht Gegenstand irgendwelcher positiven Aktion.

Die Sowjetdelegation kann natürlich solche Erklärungen, die den Vorschlag der Sowjetregierung als „zu einfach“ bezeichneten oder die prophezeiten, daß im Falle einer allgemeinen Abstüzung die Völker als unbeschwerte und unorganisierte Mengen mittels Säbres, Dolchstossen, Raubtötungen usw. weiter Krieg führen werden, nicht als ernste Kritiken ansehen. Die Aufrechterhaltung, die durch andere Delegationen befürchtet wurde, und ihre Weigerung, die von uns auf der 4. Abstüzungstagung vorgetragenen Vorschläge zu diskutieren, konnten teilweise durch die Neubau und Plausibilität dieser Vorschläge erklart werden.

Unabhängig gab es im Laufe der 4. Tagung der Kommission sogar Berufe, die Neubau unserer Vorschläge zu leugnen. Herr Benesch erinnerte in der Tat an einen norwegischen Vorschlag, der dem unteren analog ist und dem Völkerbund unterbreitet worden ist. Ich habe mich bemüht, die Behauptung auf ihre Richtigkeit nachzuprüfen, aber ich habe unter den Dokumenten des Völkerbundes, auch unter jenen, die mit auf mein Erkunden von der Übernahmeeisition des Völkerbundes zur Verfügung gestellt wurden, abgesehen keine Spur irgendwelches Vorschlags über eine sozialistische und allgemeine Abstüzung gefunden. In der dritten Kommission des Völkerbundes im Jahre 1924 sprach die norwegische Delegation von Wünschen, die vom Interparlamentarischen Komitee formuliert waren und die Verminderung des Militärbudgets im Laufe von 10 Jahren auf die Hälfte befreiten. Dabei war noch als Klaue hinzugefügt, daß die Ausgaben militärischer Art, die von Staaten auf Grund von durch das Völkerbundstatut geschaffenen Pflichten gemacht wurden, bei der Herabsetzung des Militärbudgets nicht mitgezählt werden sollten. Es wurde aber mit seinem Worte der anderen Hälfte des Budgets Einschaltung getan, nach was die Seite von der Bevölkerung der Seefreiheit und des Kriegsmaterials. Die dänische Delegation, sich auf dasselbe Interparlamentarische Komitee beziehend, gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Landstreitkräfte aller vander entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain herabgestuft werden sollten, d. h. jedem Staat das Recht zuerkannt werden sollte, eine Armee zu unterhalten, bestatt, daß je 500 Angehörige dieser Arme auf je eine Million Einwohner entfallen sollten, und daß die Seestreitkräfte entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles herabgestuft werden sollten, d. h. 2-4000 Tonnen pro Million Einwohner zulässig sein sollten. Nach dieser Berechnung künfte z. B. die Sowjetunion eine Armee von ungefähr 750 000 Menschen unterhalten, d. h. sie könnte ihre gegenwärtige ständige Armee um 175 000 Menschen vergrößern und ihre Marine um 200 000 Tonnen vermehren. Was China betrifft, so könnte es eine ständige Armee von fast 2 Millionen Menschen aufstellen. So hat die „radikale“ Idee bezeichnet, die sowohl im Völkerbund auf dem Gebiete der Abstüzung zum Ausdruck gebracht wurden. Ich sage „radikal“, denn sie wurden nie als Vorschläge oder Resolutionen formuliert. Der Plan von Lord Grey, der nur auf eine Herabsetzung der Streitkräfte in Lande und in der Luft hinsichtlich, hatte gleichfalls nichts mit der sozialistischen und allgemeinen Abstüzungsdoktrine gemein.

Analoggedessen kann es als absolut unvereinbar angesehen werden, daß der Vorschlag einer allgemeinen und vollständigen Abstüzung, und zwar in einer ganz konkreten Form, zum ersten Male von der Sowjetunion im Völkerbund eingebracht worden ist. Die Sowjetunion ist wohl darauf und wird immer dort daran fest, daß sie und nur sie die Initiative ergriffen hat. Wenn ich bei dieser Frage verwirrt habe, so nicht aus sentimentalischen Gründen, sondern deshalb, weil meines Wissens in gewissen Kreisen des Völkerbundes die unbestimmt Vorstellung verbreitet ist, wonach die Sowjetdelegation die Abstüzungskommission mit Vorschlägen belästigte, die schon im Völkerbund diskutiert und von ihm verworfen worden waren. Wenn diese unbekannte Vorstellung nicht zerstört würde, könnte sie eine ungünstige Wirkung auf den weiteren Verlauf der Diskussion unserer Vorschläge haben.

Die Initiative der USSR

5. Die Sowjetdelegation, die den Wunsch hat, die Diskussion ihres Projekts zu beschleunigen, und dadurch selbst den Beginn der wirklichen Abstüzung in die Wege zu leiten, hat trotzdem unbestimmt, daß die Diskussion ihrer Vorschläge auf die gegenwärtige 5. Tagung verlegt werde, wobei sie der Neubau dieser Vorschläge Rechnung trug und von dem Wunsche ausging, allen Mitgliedern der Kommission die Möglichkeit zu geben, sich auf eine tiefgreifende Diskussion vorzubereiten. In dieser Auffassung hat auch die Sowjetdelegation einen Monat vor dem Beginn der Arbeit an der 5. Tagung ihren Vorschlag über eine Konvention zunächst mit einer erklärenden Note dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht, damit sie allen Regierungen überliefert werden. Nachdem so die Sowjetdelegation ihrerseits alles getan hat, um die Bedingungen einer solchen vertieften Diskussion zu

erleichtern, möchte sie gerade auf die Dringlichkeit dieser Diskussion das größte Gewicht legen.

7. Die Sowjetdelegation hält es für notwendig, zu wiederholen, daß nur einzige und allein die Verwirklichung einer Konvention über eine allgemeine, gleichzeitige und vollständige Abstüzung, wie sie von der Regierung der Sowjetunion vorgeschlagen wurde, imstande ist, eine befriedigende Lösung der Probleme der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zu gewährleisten. Diese Verwirklichung würde eine ganze Reihe anderer internationaler Probleme, die außerordentlich kompliziert sind, wie z. B. das Problem der Freiheit der Seeze, gleichfalls lösen. Die Verwirklichung des Sowjetvorlasses, der die allgemeine Abstüzung vorstellt, zieht nicht die Schwierigkeiten nach sich, die unvermeidlich sind, wenn man nur eine teilweise Abstüzung der Kulturen durchführt. Als besonders Beispiel kann ich die Krise der Kontrolle einer allgemeinen Abstüzung anführen. Es ist vollkommen klar, daß die Kontrolle einer allgemeinen Abstüzung ungemein viel leichter ist, als die Kontrolle einer teilweisen Abstüzung.

8. Ich möchte auch noch betonen, daß die Grundlage der Abstüzung, die von der Sowjetdelegation vorgeschlagen wird, und die einen einheitlichen Typus darstellt, und auf alle Staaten angewendet werden kann, dadurch allein schon eine viel gerechte Grundlage ist und aus diesem Grunde nicht Einwände seitens anderer Länder herausfordernden kann. Meiner Ansicht nach ist gerade daher die offenkundige Einfachheit unseres Vorschlags ausschlaggebend. Eine Einfachheit, die manche, so leidlich dies erscheint, als Argument gegen den Vorschlag selbst auspielen möchten.

9. Der Vorschlag der Sowjetdelegation, der zur Prüfung der Kommission vorgelegt wird, ist ganz organisch und kann nicht verschlüsselt werden. Er ist ganz durchdrungen von einer einzigen Idee. Infolgedessen erfordert er in erster Linie eine Förderung und eine Annahme des fundamentalen Prinzips, das in ihm zum Ausdruck kommt.

10. Darauf ausgehend, erhofft die Sowjetdelegation, daß sich aus der allgemeinen Aussprache eine vollständige Antwort ergeben wird, aus der hervorgeht, wie sich die Kommission den Grundriss der allgemeinen Abstüzung innerhalb der im Vorschlag vorgesehenen Zeit annimmt, und ob die Kommission den Abstüzungsvorschlag annimmt, der schon nach Verlauf des ersten Jahres Kriege unmöglich machen würde. Diese Antwort darf nicht nur theoretisch sein, sie muß vollkommen klar und konkret sein. Die Sowjetdelegation ist der Ansicht, daß die Delegationen der verschiedenen Länder und ihre Regierungen genügend Zeit erhalten haben, um, wenn sie wollen, die Grundidee ihrer Vorschläge ebenso wie die technische Seite des Konventionsentwurfes zu studieren.

11. Im Laufe des Monats, die seit der 4. Tagung der Vorbereitenden Abstüzungskommission vergangen sind, konnten wir sich davon überzeugen, daß die Idee der vollständigen Abstüzung der breiteste Massen aller Weltteile und von allen sozialen Schichten und friedlichen Elementen der menschlichen Gesellschaft mit Enthusiasmus aufgenommen wurde. Davon zeugen u. a. die Aufrufe und Resolutionen vieler Sympathikatoren, verschiedene Arbeiterparteien, verschiedenste Organisationen, Gruppen und Vereinigungen aus allen Teilen der Welt, die ich erhalten habe und noch erhalten.

Um ihre Kluftlosigkeit nicht zu erwidern, will ich nicht alle aufzählen, aber ich werde mit erlauben, Ihnen eine kleine folgenden Abrechnung, die ich dieser Tage erhalten habe, und die von Vertretern von 124 Organisationen, vor allem Frauenorganisationen, unterzeichnet ist, die viele Millionen Mitglieder in 12 verschiedenen Ländern umfassen. Dieses Dokument zeigt, daß die Stimme der Frauen den Sowjetvorschlägen zufolge und verdient eine befriedigende Beachtung angelicht der Tatsache, daß gegenwärtig in verschiedenen Ländern das Wahlrecht der Frauen erweitert wird. Hier ist der Hauptinhalt der Erklärung von der die Rede ist: „Im Rahmen der öffentlichen Meinung der Welt, die in den Organisationen, die wir vertreten, vertragen, steht es mit Danach das weitesten Vorschläge der Sowjetregierung betrifft der allgemeine und völlige Abstüzung und fallen mit Erfolg ab.“

12. Es handelt sich nicht mehr um theoretische Spekulationen,

nach um Verhandlungen über die Abstüzung, sondern um die praktische Anwendung der Verwirklichung der Abstüzung. Verhandlungen über die Abstüzung hat es mehr als genug gegeben. Ich erlaube mir den Mitgliedern der Kommission eine Auskunftnahme zu überreichen, aus der Sie sehen werden, daß, abgesehen von den Verhandlungen des Völkerbundesrates, die sich in Ihren 22 Sitzungen mit der Diskussion der Abstüzungfrage beschäftigt haben, mindestens 14 verschiedene Kommissionen und andere Völkerbundsinstitutionen dieser Frage mehr als 100 Tagungen gewidmet haben. Wahrscheinlich nicht Sitzungen, sondern Tagungen. Außerdem ist zu bemerken, daß die Völkerbundsinstitutionen und Ratssammlungen des Völkerbundes allein 111 Resolutionen über die Abstüzungfrage verfaßt haben. Ergebnis der Resultate der gewaltigen Arbeit, deren Beschreibung allein Tagende und über Tausende Seiten füllt. Ich kann nur zusammenfassend feststellen, daß es vollkommen ein einheitliches sozialistisches Erscheinen zur Verwirklichung der Abstüzung schafft.

13. Die Sowjetdelegation hält es für an der Zeit, eine Situation zu erkennen, die soeben ist, die Idee der Abstüzung lebt zu diskreditieren. Sie möchte nicht, daß ihre Vorschläge nur dazu dienen, neue Kommissionen und Unterkommissionen oder andere Institutionen zu bilden, die wiederum einige Dingen ihrer Regierung darzulegen.

14. Ich möchte, um die erste Haltung der Sowjetunion gegenüber den Fragen, die hier diskutiert werden, zu illustrieren, bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß die Sowjetregierung, obwohl sie nicht teilgenommen hat an der Konferenz des Völkerbundes, die das Protokoll angenommen hat, das den Gross- und Dauerlogistischen Krieg verbietet hat, analog der letzten Sitzung der Vorbereitenden Abstüzungskommission dieses Protokoll unterschrieben hat. Bis jetzt haben nur drei Staaten dieses Protokoll ratifiziert, das infolgedessen leider bis heute noch ein leeres Blatt ist, da es von anderen Staaten, die in der Mehrheit Mitglieder des Völkerbundes sind, nicht ratifiziert worden ist.

rote Armee und Frieden

15. Wir wissen, daß wenig ernste Leute und eine Presse, die ebenso wenig ernstzunehmen ist, so tun, als ob sie einen Widerstand finden zwischen den auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Vorschlägen der Sowjetunion und der Tatsache des Unterhaltes und des Aufbaus der Roten Armee. Im Verhältnis zu ihrer Bedeutung hat die Sowjetunion ihre Grenzen bedeutend erweitert. Trotzdem hat die Sowjetunion schon heute eine Armee und insbesondere eine Marine, die zahlmäßig geringer sind, als diejenigen der anderen Staaten. Wenn man nun das Thema der individuellen Sicherheit in Betracht zieht, dann ist dieser Verhältnis so wohl bekannt ist, so muß man sagen, daß die Sowjetunion sich in einer ungünstigeren Lage befindet, als irgendwelcher anderer Staat. Hat die ganze Erde Welt, die ihren Haß gegen den neuen Staat nicht verbirgt, ist ihr feindlich gefühlt. Um dennoch diesen Haß zu vertilgen, genügt es, an irgendinem Tag einen Blick zu werben auf die bürgerlichen Zeitungen irgendwelches Landes. Sie berichten von ignorierten und verleumderischen Angriffen gegen die Sowjetunion.

16. Bis heute haben eine gewaltige Anzahl von Ländern die Sowjetregierung, die seit 10 Jahren existiert, nicht anerkannt. Und diese Nichtannehnung ist nichts anderes als ein Akt der Feindseligkeit. Aber selbst Länder, die den Sowjetstaat anerkannt haben, erlauben sich mit wenigen Ausnahmen, häufig gegenüber der Sowjetunion Schritte von einer solchen Feindseligkeit, daß sie oft eine ernste Probe für die Geduld und den Friedenswillen der Sowjetunion bedeuten. Der neue Sowjetstaat hat sein Territorium von ausländischen Gruppen bedroht geblieben, die dem Staates Sicherungen verweigert haben, deren Folgen noch heute spürbar sind. Bis heute noch ist ein Teil des Territoriums des ehemaligen russischen Kaiserreichs, dessen Besetzung für den Sowjetunion zunetzt, von fremden Truppen befreit, die sie hindern, von ihrem Selbstbehauptungsrecht Gebrauch zu machen. Über trocken ist die Rote Armee die 10 Jahre, die sie existiert, ausließlich ein Territorialinstrument gewesen und bleibt es auch heute. Die Sowjetunion hat nur zu diesem Zweck die Armeen und die Marine geschaffen, denn ihr liegen imperialistische Eroberungsabsichten absolut fern.

Erforderliche Entwertung gefordert

17. Die Sowjetregierung erwartet eine Antwort auf diese Frage in der Sitzung der gegenwärtigen Tagung der Vorbereitenden Abstüzungskommission, in der jetzt alle großen und mittleren Länder vertreten sind. Diese Antwort kann nicht gegeben werden von irgendwelcher Untercommission oder einer anderen Hilfsorganisation, oder Institution, die enger und weniger dazu qualifiziert ist, als die Vorbereitende Abstüzungskommission. Nach der Sowjetdelegation müßte diese Antwort ganz offen gegeben werden, der ganzen Welt zur Kenntnis, in aller Öffentlichkeit und unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung. Natürlich muß diese Antwort von der Internationalen Abstüzungskonferenz, deren Überprüfung die Sowjetdelegation zu einer möglichst baldigen, sofort beginnenden Tagung vorschlägt, endgültig ratifiziert werden.

18. Die Vorschläge, die ich in zwei Fragen formuliert habe, sind je klar, daß sie weder Unterhandlungen noch diplomatische Verabredungen zwischen verschiedenen Ländern oder Gruppen von Ländern noch irgendwelche andere Diplomatie zulassen.

19. Zum Schlussh möchte ich noch einmal die entscheidenden Fragen, die sich aus unseren Vorschlägen ergeben, im folgenden wiederholen: 1. Ist die Kommission einverstanden, daß Prinzip der allgemeinen und völligen Abstüzung in einer bestimmten Form, wie wir es vorstellen, ihrer Weise zugrundegelegt, und 2. die erste Stufe der Abstüzung in der Welt zu organisieren, daß der Reis "Ivan" sommer Jahres an erstmals, wenn nicht unmöglich gemacht wird? Gibt wenn diese Fragen unmittelbar und vorstellig beantwortet sind, kann man zu einer Prüfung der Sowjetvorläufe über die Abstüzungskonvention im einzelnen übergehen.

20. Die Sowjetdelegation glaubt insbesondere auf die Unterstützung der Delegation der Regierung, die gegenwärtig öffentlich mit einem Vorschlag des Kriegsverbots überhaupt rechnen, zu können. Die Ehrlichkeit dieses Vorschlags könnte nicht überzeugender bestätigt werden als dadurch, daß seine Autoren den Sowjetvorläufe betreuen, betreut einer Abstüzung, die nicht nur ein moralisches Verbot des Krieges, sondern die Beteiligung der Kriegsmöglichkeiten überhaupt anstrebt, betreuen. Da die bewaffneten Kräfte zu keinem anderen Zweck existieren, als um Krieg zu führen, und da sie anderweitig möglichermaßen wären, wenn die Kriege weiterhin sein würden, so würde es offenbar nur konsequent und logisch sein, wenn die in Frage kommende Regierung unseren Vorschlag unterstützen würde.

21. Die Sowjetdelegation ist überzeugt, daß alle anwesenden Delegationen sich der Verantwortlichkeit und ungeheuren Tragweite der vorliegenden Frage und ihrer gewaltigen Bedeutung für die Zukunft der Menschheit bewußt sind und doch infolgedessen keine Delegation sich weigern wird, öffentlich den Standpunkt ihrer Regierung darzulegen.

Parteiarbeiter-Versammlung für Groß-Dresden

Heute abend

19.30 Uhr, im Bürgergarten (Elbecker Straße) / Große Denks vom 3. April verichtet über die Stellung des erweiterten SED / Jede Zelle muss vertreten sein / Alle Funktionäre, Landtags-

„30“ Kelle anheben

Es seiheim der mit circa 1½ Jahren Gefangen vor dem Stadtkaufhaus Eßleben E. A. E., geboren 1908 in Buxtehude. Schon zu jahre Stahlkorb des großen Krieges fiel. Dafür hatten natürlich die Richter dieser Gesellschaft kein Verständnis. Bereits mit sechzehn Jahren wurde E. wegen Diebstahls mit einem Monat Gefängnis bestraft. (In einem Alter also, wo noch Zug und Recht der Jugendrichter beeinflussen, nicht erlassen müsste). Die verhorrten Wirkungen der „großen“ Zeit und der so seltene erfolgten justiziellen Bestrafung drückten sich in weiteren noch einmal unter Strafe gestellten Delikten aus. Der 19-jährige verbüßt zur Zeit eine Freiheitsstrafe in Harburg. Von dort wird er vorgeführt, unter der Anklage, sich wiederum des Diebstahls und zwar zweier Grammophontafeln, schuldig gemacht zu haben. (Man vergleiche die Kosten des Verfahrens – zu Lasten des Steuerzahlers – und den Wert des angeblich von ihm entwendeten Objektes!) Die aufstrebenden Zeugen, der Reisende S. Sch. und die Geschäftsinhaberin Frau Harkmann von der neuen Gasse, bestanden übereinstimmend, daß E. still auf einem Stuhl gesessen habe, während zwei andere junge Leute wegen des Kaufes der Grammophontafeln mit der Geschäftsinhaberin verhandelten. Auch das er Zeichen gegeben habe, hat niemand bemerkt. Trotzdem unterstellt der Vorwiegende in Vormegnahme eines eventuellen Gesündes dem Angeklagten Witwensicherheit mit den Worten: „Ahor, Sime kann doch gewusst haben!“ Die verächtliche Jeanne Hartmann sieht sich den Angeklagten E. ohne anstandslos zu demerzen: „Der Herr selber hat wirklich nichts getan!“ Auch der Polizeiwohnmutter Götz beludet, nichts Nachteiliges über E. zu wissen. Demit ist die Beweisaufnahme gefüllt, und der Vorwiegende beschließt seine Frage an den Angeklagten, ob er noch etwas zur Sache zu bemerkten habe, mit den „von außerordentlichem psychologischen Verständnis und diesem menschlichen Empfinden“ (wer lacht da?) getragenen Worten: „Das ist Ihnen doch ganz egal!!!“ Das Urteil des Untergangskreises lautet: „Die Hauptverhandlung – heute – ist nichts gegen den Angeklagten ergieben, es muß daher die Pleitefahrt in das Ermessen des Gerichts fallen.“

Dieser katastrophale Tag verdient einer vernünftigeren Nach- und Würdigung erhalten zu werden. Auf diese merkwürdige Art der Jugendbestrafung muß jeder mit gesundem Menschenverstand reagieren mit Fingerspitzen. Man muss den Namen Benjamins nennen. (Vindeno, das von Verständnis für die sozialen Rüte der amerikanischen Jugend geleiteten Jugendrichters berühmtes und tiefdrückendes Wort über Reform des Jugendschritts und der Jugendgerichte wurde ins Deutsche übertragen.) Vindeno ist natürlich nur eine zu soziologischen Kenntnissen geweisen von den Tadvers und Tadlets gebündelte Einzelerschöpfung. Immerhin ist ... einmal ... während die deutsche Republik nichts darüber aufzuweisen vermag. Nicht einmal als Einzelfall!

Reform des Jugendrechts und der Jugendgerichte müssen in der deutschen Republik erst erkämpft werden. Vorauflösung eines negativen Kampfes ist, wie auf allen (und nicht nur Grenz- und strategischen) Gebieten, nur möglich durch den Sturz der herrschenden Masse. Ihre Unfähigkeit als soziale Jugendbildnerin hat sie an Tausenden von Beispiele dargetan.

Der erfolgte Freispruch des angeklagten Jugendlichen, der ja eine Solvutverhündlichkeit war, ändert nichts an dieser Tatsache.

Zum Gedächtnis Henrik Ibsens

geboren am 20. März 1828 zu Skien in Norwegen.

Das Staatsliche Schauspielhaus veranstaltete unter der Leitung seines Dramaturgen Dr. Karl Wolff am Sonntag eine Morgenfeier, die dem großen Dichter geweiht war. Henrik Ibsen gehört (wie so viele „Propheten, die in ihrem Land nicht gingen“) mehr der Welt als seiner heimat. In Deutschland hat er gewiss und gewißlich. In Dresden wohnte er in der Königstraße 21. In München führte sein Erinnerungsort das Kaffeehaus, in dem er bis täglich auf ein Nachmittagsstücke niederstieg. Der Süden war seine Eltern. Die Freundschaft von Ibsen hat ihn zu Gott geführt. Der unbedachte Wanderer seinen mächtigen Löwenhaupt irgendwo den heimischen gleichzutragen. Sein genossen Karl Marx physisch abnahm. In unserer Epoche der Zentralpunkt seines Jahrhunderts geworden. In diesem Säulum war er der große Antagonist, nicht dazu da (wie er selbst bekannte), Antwort zu geben, aber dennoch kann er dem Proletarier nicht bedeuten, als nur ein Werbegesicht. In einem Brief an den Tonheimer Arbeiterverein spricht er es einmal aus, daß er nicht glaubt an den Adel der Geburt, des Standes, der Herkunft, des Geldes noch der Wissenschaft. Er glaubt vielmehr an den Adel des Charakters, den er im zweiten Stande als am höchsten entwickelt findet. In allen seinen Dramen legte Ibsen die Sunde an die überkommenen „Eugenien“ und Untugenden der bürgerlichen Gesellschaft. Totalitarismus, Pressekorruption, sozialistische Konflikte, Chemikal, Wahnkindheit wußte er zum Anhänger seiner Kritik und Gesellschaftseintrittsstufen. Die Studien der Gesellschaft haben, beunruhigt und betroffen, sich selbst in dem überparteiischen Spiegel dieses gesellschaftlichen nordischen Weltes. Ibsens Wirkung als bürgerlicher Schriftsteller war außerordentlich, obwohl er sich nie ernsthaft für seine politische Neutralität zu berennen und dass seine Wirkung weniger Zeitkritik als vielmehr politische Gestaltung bedeutete. Dennoch hat er viel getan, teiligen Leben zu fördern, auf dem proletarischen Schriftsteller von Schlegel und anderen „Apostels“ ihre Berufung rufen zu lassen, bis zu dem Tage, an dem alle „Kontrapositionen“ und „Süßen der Gesellschaft“ befreit sein werden, bis zu diesem Tag – „und weiß und weiß noch“.

Dr. Wolff gab in seiner ruhmlich bekannten, rednerisch hervor hervorhebenden Art einleitend ein schwermüthiges, philosophisch durchdringliches Bild des Dichters in seiner Zeit. Große Volkmar sprach lauter und anpruchsvoll Gedichte, deren Gedanklichkeit dem poetischen Gehalt nicht immer deutlich ist. Adolf von Böhmer eröffnete mit einer Lese Ibsenscher Briefe, die er vielleicht etwas zu sehr (sofortverständlichkeitshalber) präsentierte, den nächsten Widerhall. Blondero wohl noch deshalb, weil diese Briefe den Norweger losgelöst von allgemein herkömmlicher Verstellung seien. Auf gleicher Höhe, nur analitischer und inniger, stand Antonius Dietrich. Er brachte aus dem epischen Fragment „Brand“ einen vom Dichter und ihr als Nachdichterin stark geänderten Absatz. Paul Wolff gab die Wörter eines den mehrenwollen Schriftkampf – moment das bürgerliche Publikum in Peitsch ausdrückte.

Der brave Golbet Schweiz

Die Wichtige am Dreieckigen Platz haben das große Verdienst, diesen Film aus dem Matadorverleih nach Dresden gebracht zu haben. Aus diesem Grunde ist das belanglose Verprogramm entzündlich. Neben einer amerikanischen Groteske läuft ein Film mit dem estnischen demokratischen Filmmann Albin. Ein „Ein“ Man lädt ihn schon besser und vor allen Dingen in einigermaßen erträgliche Handlung geschoben.

Jacques Haeber (sprich: Hachsel) hat mit den idiomatisch geladenen Baudenken des Soldaten Schweiz eine interessante Monarchie für alle Zeiten gekrönt und lächerlich gemacht. (Diese Dokumente über ein abenteuerliches Leben dürften in keiner Arbeitersbibliothek fehlen.) Die Käsebrotbühne hat mit Max Wallenberg in der Hauptrolle, das Buch mit gleicher Kraft nachgestaltet. Nur kommt dieser Film den man an seinen Vorgängern – Gunder und Söder – nicht mehr auf. Ammerhin, was der Regisseur Karl Lampert (man darf diesen theoretischen Namen als einen hochangestellten bezeichnen) und Karl Noll als Josef Schweiz gekleidet haben, eracht ich für Bildstücken weit, weit über den Durchschnittlichkeit deutlicher

Das kommende Gesundheitsamt in Dresden

Die Herbergsmutter des Hygienemuseums in schweren Geburtswehen

Von Otto Gabel, Stadtverordneter

Die Stadtverordneten besaßen sich in der kommenden Sitzung mit der Errichtung eines Gesundheitsamtes. Nach Jahren langer Diskussion soll dieses Projekt nunmehr greifbare Gestalt gewinnen. Damit wird eine jener Notwendigkeiten auch von Dresden erfüllt, der andere Städte mit teilweise geringerer Einwohnerzahl bereits seit Jahrzehnten folge leisten mussten. Die Herbergsmutter des Hygienemuseums, deren Rat mit seinem vielversprechenden Oberbürgermeister auf der Spitze bei jeder Gelegenheit die Reklamekunst führt, marschiert mit der Errichtung eines solchen an leichter Stelle.

Was zum leichten Element und noch in der Gegenwart wird leiner Errichtung durch den Rat und eine ihm gehörige bürgerliche Gesellschaft Widerstand geleistet. Während meiner Amtszeit wird das Gesundheitsamt hoffentlich nicht mehr verhindert.

Dieser Auspruch des Oberbürgermeisters Blüher antizipiert einer Beratung illustriert das am besten. Heute können sie keine Einladung nicht mehr verhindern, dafür verlusten sie keine Kompetenzen so eingeschränkt wie möglich abgrenzen. Der Zweck ist klar. Sie wollen es fortsetzen, ehe es geboren ist. Als Vorsorgegebühr soll das Gesundheitsamt das Licht der Welt erleben. Die Entstaltung eigener Initiative in gesundheitspolitischer Beziehung soll nach ihrem Willen von vornherein unterbunden sein. Würde ihnen ihre Absicht gelingen, so wäre der Wert des Projektes für die arbeitende Bevölkerung gleich Null. Ein neuer Reklamepotenz des Rates, das wäre in diesem Falle das einzige Ergebnis.

Immer langsam voran, ungerade langsam voran, doch der Dresdenner Ratsschimmel noch nach hinten laufen!

Dieses Motto bekräftigt die Grundlage der Politik des Dresdenner Rates. Sie wird geprägt durch eine bürgerliche Gesellschaft, die in Stadtverordnetenkollegium 23 Jahre hat Dresden gebaut, um ein Gesundheitsamt zu erhalten. Es wurde erstmalig 1905. Damals bestand vor einer durch das Klassenschwätz zählerisch kleinen Mensch vertretenen Arbeiterschaft im Dresdenner Stadtverordnetenkollegium.

Von da ab ist es zwar vor 1914 noch mehrmals erwähnt, ohne daß aber ein anderes Schall, als das der Abstechung durch eine konservative Steinbürgersche Mehrheit, herausgelommen wäre.

Erneut kam die Frage erst im Jahre 1922 wieder in Aktion. Ein Antrag der kommunalistischen Fraktion, die 1922 erstmals im Stadtverordnetenkollegium eingezogen war, verlangte die Vereinheitlichung der ärztlichen Fürsorge; insbesondere die Einheitlichkeit der vorherrschenden Kinderärzte. Erst im Zusammenhang mit zwei weiteren, im Jahre 1921 gestellten Anträgen, in denen

1. die Schaffung der Stelle eines Stadtarztes für Leibesübungen,

2. die weitere Ausstellung zweier hauptamtlich tätiger Schulärzte

gesfordert wurde, kam als Ergebnis der Beratungen des Prüfungsausschusses die schon 1905 erstmals erörterte Errichtung des Gesundheitsamtes wieder auf die Tagesordnung.

Einen riesengünstigen Zwischenfall brachte beantwortete der Rat mit einer unglaublichen Denkschrift, in der er sich im Prinzip mit der Errichtung eines solchen einverstanden erklärte. Seine Vorhabe waren nichts als Hohn. In der Endklausur blieb alles beim alten. Ihre Aussicht hätte lediglich eine Namensänderung der jetzt bestehenden veterinärpolitischen Firma mit dem Zuständigkeitsraum auf der Spitze gebracht.

Entgegengesetzte Vorhabe, in denen die völlige Kommunalisierung der privaten Gesundheitspflege gefordert wurde,

stimmt die damalige bürgerliche Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium einfach nicht. In weitreichenden umfangreichen Drucksachen verläßt der Rat die Unmöglichkeit der Realisierung dieser Vorhabe nachzuweisen. Heute, 1928, unmittelbar vor der 2. Hygieneausstellung in Dresden, die mit der Erweiterung des Museums verbunden sein soll, ist die Angelegenheit kaum weiter als damals. Kein einziges nennenswertes Argument, das ihm abgewichen werden könnte.

Welche Gründe veranlassen ihn zu seiner Stellungnahme? Sie liegen in der kapitalistischen Wirtschafts- und Taxis-

ordnung. In dieser ist nur die Gewinnabilität der Bourgeoisie festbar. Die Bourgeoisie hat deshalb alle diesbezüglichen Einrichtungen für sich reserviert. Der Besuch von Kurorten, Bädern, die Nutzung von Seehäfen ist ausschließlich durch die Bourgeoisie die Wirtschaftsseite von zweiten ihrer privaten Wirtschaft dienbar macht, so stellt sie durch jede neue Erweiterung auf diesem Gebiete ausschließlich in ihren Dienst. Die Art der Verbundung ist dem Geldbeutel angepaßt. Am deaktivtesten ist das erschwert in den vorherrschenden Krankenhäusern. Hier stehen alle Kliniken, Sanatorien vermag einer Zahlungsfähigkeit offen. Selbst in den kommunalen und sozialen Krankenhäusern ist es ihnen möglich, entsprechend der Schwere des Geldbeutels behandelt zu werden. Durch Errichtung verhindert der Klasse ist dafür georgt.

In der ersten Klasse liegen die Bourgeoisie mit ausreichender Nahrung, Wein und kostbaren Delikatessen versieben, herzhaft gepflegt von Bäckern und Küchen, unter dauernden Lebensmittelkosten. In der unteren Klasse leben Arbeiter und verlorne Proletarier bei Hungerlohn nur schlecht.

Proletarier sind billig. Der kapitalistische Staat profitiert durch Arbeiter krasse Wirtschaft und der Vorrechte seiner Klasse.

In den Betrieben liegen die Unfälle. Die bürgerlichen Einrichtungen werden abgebaut. Mittels verlängerten Arbeitszeit, schlechter Bezahlung, lassenden Bandes, Arach und rassistischen Unterdrückungsmaßnahmen wird der Proletarier ermüdet, krank und kaputt gemacht. Erst gealtert, wird er rücksichtslos dem Streichspieß überwiesen. Eine rapide Erweiterung der Sozialversicherung ist das Ergebnis dieses handhabbaren Systems. Proletarierleben, so können zugrunde gehen, wenn das Kapitalistische nicht mehr gegeben, aber zu leidlich erscheint. Dieses Entsetzen macht auch vor dem in der Kantonstiege Befürchteten nicht halt. In den Dresdenner Krankenhäusern besteht noch die Arbeitszeit, trotz gegenwärtiger Schlaflosigkeit nicht, 55–60 Stunden und mehr, Nahrungsmitteleinführung und Verteuerung sind in den kapitalistischen Gesellschaften auf der Tagessordnung. Es gibt keine Arbeit, die eingreift. Es sind ja nur Proletarier, die diesen Schund zu tunen gewungen sind. Während die Weiber der Bourgeoisie durch tägliche Waschungen und Bäder mit Milch ihre Armut zu erhalten versuchen, fehlt es in der Familie des Arbeiters an den Pfleges, die zur Ernährung der Kinder notwendige Milch kaufen zu können. Eine weitere Folge der kapitalistischen Wirtschaft ist die Wohnungsnot mit ihren furchtbaren Begleitererscheinungen: tuberkulöse Kästite, Geschlechtskrankheiten und Sauglingssterblichkeit.

Die tritt ausschließlich das Proletariat, das in dumpfigen Räumen zu wohnen gezwungen ist, während den Bourgeoisie Räumen mit ausgedehnten Räumlichkeiten. Und um zur Verbindung zu bringen, (Fortsetzung folgt)

und amerikanischer Fabrikate. Dieser Film ist wahr. Nichts von falscher Heldensonne in ihm. Ohne Vorworte enthüllt er alle die Gesundheitsmaßnahmen, Spülcremeten, Tüpfelchen, Leutnants, Schnellösen, Prothesen und habhaftesten Wundärztlinden. Nur wenige ist alle „anschaulich“ in dem unterschätzlichen Markt mit leiser glänzend gespülten genitalen Blüten, steht er in alle in die Tasche, die großen Helden“ vom 1. und 1. Infanterieregiment. Schweiz als Hundshändler, Schweiz als Käfer des Vaterlandes, Schweiz als Kurie des Oberleutnants Lufas, der dessen Geliebte vor der Tür stehen läßt. Da könne jeder kommen. Wenn ich alle Freunde vom Herrn Oberleutnant herziele, müßte er im Reichsgebaude wohnen!“ Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Diesen Film muß jeder Werktag gesehen haben. Er wird unter der oft etwas zu sehr betonten Sichtweise die ungewohnte Wahrheit des Krieges von gestern, heute und morgen erkennen. Wenn Schweiz auf die wichtige Frage des Oberleutnants, ob er glücklich sei, mit an die Front zu kommen, pflichtgemäß erwidert: „Seeherrschaft glücklich“ – und der Oberleutnant darauf: „In die Hände geht“, verblüfft alle bürgerlichen Menschen und bürgerlichen Heldenbücher vor der großen einfaichen selbstverständlichen Wahrheit des braven Soldaten Schweiz.

Der Garten Eden“ in der „Komödie“ zu fester Duldschau erwacht, ist alles andere denn paradiesisch schön. Seine Erbauer, zwei gewisse Geschäftsmänner, haben ihres von sich aus alles getan, um das „Eden“ inzwischen zwischen vorliegenden Böschungen zu einem sehr fragwürdigen „Genug“ zu machen. „Unmöglich“ Geschichte eines unmöglichen Wadens – die aber in großer Verzerrung gleichzeitig fern tragischen als familiären Toten ein stehendes Bild heutigen Bürgerkriegs ergeben würden. Tingelangel und Genetoldirektoren, Bordell und bestohlene Kommissäre, Untertrichters und Frauengäste, bürgerliche Geheimräte und frivole dem offizielle Ekelzenzen. Erdarbeitslosen, Gelübder proletarischer Juichtauer, wenn's einer im George-Wilson-Sitz hinkommt. Alfred Haase, der Regisseur, indessen nahm die Farce weder ernst noch töricht, weder schwer noch leicht (nicht gebrochen noch geklönt), sagt der Volkstanz. Das der fallen lo main, routinemäßig, mit namhafter Eleganz duldet Hoge die schwerbewegliche Gentimentinitiativ der Tilly und die in jeder Situation komisch vorliegende Schärheit des (in der Masse wohl alten jungen) Dozenten. Die Anfangsszenen viel zu klau und behabil“. In einer „Damen“-gartendiecke geht's doch wohl ein bisschen anders zu. Allgemeinwoche des Abends – fass' gut Propst! Amüsieren der Schauspieler und des Sonntagspublikums. – Darsteller und Darstellerinnen leien gekört. Lobend erwähnt ist Alfred Haase, der Schauspieler, der den Generaldirektor weigert nicht wie „Hans“ zu Bühnenattraktions, sondern als relativ anständigen Kellnereichste. Schafft nicht an sich, sondern als Vertreter seiner Klasse.

Der Garten Eden“ in der „Komödie“ zu fester Duldschau erwacht, ist alles andere denn paradiesisch schön. Seine Erbauer, zwei gewisse Geschäftsmänner, haben ihres von sich aus alles getan, um das „Eden“ inzwischen zwischen vorliegenden Böschungen zu einem sehr fragwürdigen „Genug“ zu machen. „Unmöglich“ Geschichte eines unmöglichen Wadens – die aber in großer Verzerrung gleichzeitig fern tragischen als familiären Toten ein stehendes Bild heutigen Bürgerkriegs ergeben würden. Tingelangel und Genetoldirektoren, Bordell und bestohlene Kommissäre, Untertrichters und Frauengäste, bürgerliche Geheimräte und frivole dem offizielle Ekelzenzen. Erdarbeitslosen, Gelübder proletarischer Juichtauer, wenn's einer im George-Wilson-Sitz hinkommt. Alfred Haase, der Regisseur, indessen nahm die Farce weder ernst noch töricht, weder schwer noch leicht (nicht gebrochen noch geklönt), sagt der Volkstanz.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der Garde zur Verwendung. Schweiz düpiert den Kriminaler, Schweiz veräppelt die Leutnants der Wissenschaft. Alles wantt ... aber Schweiz steht ungebrochen mit der Tatsache, während der Zusammenbruch schon 1914 im Gebäude der habsburgischen Doppelmonarchie knistert.

Die Schweiz bringt den berüchtigten Schleifer der

Zu den Verbandsstagswahlen der Leberarbeiter

In den nächsten Wochen finden die Delegiertenwahlen zum 19. Verbandstag des Deutschen Leberarbeiterverbandes statt. Der Zentralvorstand hat bei der Wahlkreiseinteilung alles getan, um für sich eine Mehrheit zu erlangen und die Opposition möglichst auszuhalten.

Aber nicht nur die Wahlkreisgeometrie, sondern auch die zum Statut vorliegenden Anträge vom Zentralvorstand zeigen, daß der Zentralvorstand nicht gelungen ist, aus dem ADGB ein Instrument für die unerdrücklichen Leberarbeiter zu schaffen. Die Begründung bringt das wiederholt wörtlich zum Ausdruck, und zwar wird gezeigt, auch der Leberarbeiterverband müßte sich in den Unterstützungsfragen den Richtlinien des ADGB anpassen. Ganz schlußendlich wird einleitend zum Ausdruck gebracht:

Die Interessen der Mitglieder müssen natürlich auch gewahrt werden. Sie deden sich aber mit den Interessen des Gewerbeverbandes, denn ohne einen leistungsfähigen Verband können auch die Interessen des einzelnen nicht wirklich gewahrt werden. Die Wahrung der Interessen aller Mitglieder und jedes einzelnen geschieht nach § 1 des Status in erster Linie durch Erstellung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dies vorangestellt, müssen natürlich alle Anträge des Zentralvorstandes bezüglich der Beiträge und der Unterstützungsmaßnahmen deshalb darauf Rücksicht nehmen, daß die Bewegungsfreiheit des Verbandes bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht eingeengt wird."

Über selbst bei der genauesten Betrachtung können wir in den Anträgen des Zentralvorstandes keinen finden, der dazu angeht wäre, dieser leichten Bedeutung auch nur einen Schritt näher zu kommen. Die geläufigen Anträge bestehen in der Hauptlinie mit Unterstützungsfragen.

Im Vordergrund steht die Invalidenunterstützung, die schon vor drei Jahren gegen die Stimmen der Opposition eingeführt wurde. Damals wurde den Mitgliedern Sankt in die Augen gestellt, indem die Unterstützung mit einer Beitragsentlastung von 10 Pf. pro Woche durchgeführt wurde. Um diese Unterstützung weiter durchführen zu können, wird jetzt eine Beitragsentlastung von 30 Pf. verlangt. Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, den in der Arbeit ergrauten Kollegen Unterstützung zu gewähren, sondern der ADGB hat seine ganze Macht einzusetzen, damit der Staat und die herrschende Kaste für die Sozial- und Arbeitsmobilien ausreichend sorgt. Der ADGB fordert mit seinen Richtlinien die Betreibungen der Bourgeoisie, daß die Ausgebeuteten sich selbst Unterstützungsmaßnahmen zu schaffen haben, um im Alter überhaupt noch leben zu können. Wir verlangen vom ADGB, daß er neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dafür zu kämpfen hat, daß der kapitalistische Staat den Ausgebeuteten sozial sozialen Unterhaltung zu gewähren hat, damit sie, wenn sie arbeitsunfähig sind, nicht zum Strich greifen müssen.

Die Streitunterstützung soll trotz Beitragsentlastung nicht erhöht werden, sondern sogar eine Verschlechterung soll eintreten, indem die Verbandsleitung in Zukunft nach den Richtlinien des ADGB von der Unterstützung in Abzug gebracht werden soll.

Noch wichtiger aber ist, daß keine Aenderung in bezug auf die heutige Tafif vorgenommen ist. Nicht die Mitglieder, sondern der Zentralvorstand hat die leichte Entscheidung bei Angriff und Abwehrtreffen.

Wir müssen verlangen, daß die Mitglieder durch Urabstimmung die Entscheidung haben.

Kein Wort ist geagt gegen den Schlüpferschwund, kein Wort zu den heutigen schweren Wirtschaftskämpfen, wie diese geführt werden sollen.

Um den Antheim einer inneren Demokratierung des Verbandes zu erwenden, wird ein Verbandsbeirat als Röhne vorgeschlagen und dabei noch besonders betont, daß zehn Kollegen aus dem Betrieb gewählt werden sollen, denen aber zwölf vom Zentralvorstand bestimmte Angehörige gegenüberstehen. Aber auch die zehn Kollegen aus dem Betrieb sollen nicht durch Urabstimmung von den Kollegen in den einzelnen Bauen gewählt, sondern auf dem vom Zentralvorstand durch die Kniffe der Wahlkreisgeometrie ausgewählten Verbandstag gewählt werden.

Nach dem Statut werden Ortsbeamte und Gauleiter vom Zentralvorstand eingesetzt, und diese sollen auch in ihrer Rechten den Verbandsbeamten bilden. Die Opposition verlangt, daß alle Angehörigen des Verbandes durch Urabstimmung zu wählen sind. Daz, wenn ein Verbandsbeamter gewählt wird, dieser nicht nur ein Deformationstyp ist, sondern eine aus den Mitgliedern gewählte Körperlichkeit. Über internationale Fragen soll ebenfalls kein weiteres Wort geprägt werden. Es wird aber verlangt, daß den Kollegen, die der ADGB angelassenen Gewerkschaften angehören, bei Weibertritt diese Mitgliedschaft nicht angestrichen werden soll, sondern neu aufgenommen werden sollen.

Diese wenigen Aenderungen zeigen, wohin die Reformisten im Leberarbeiterverband treuen. Deshalb ist es Aufgabe der Opposition, in den kommenden Mitgliederversammlungen an diese Fragen aufzutreten und Kollegen der Opposition als Kandidaten aufzustellen und bei der Wahl dem letzten Kollegen für die Opposition zu mobilisieren.

Fortsetzung 31

PASSAGIERE DER KLASSE III

ROMAN VON KURT KLÄBER

"Und!" sagte der Däne schnell, der auf den Schluß des Amerikaners gewartet hatte, "man kann es wünschen, und man kann es empfehlen. Man kann an den Hößen des Alten zurückkehren und es entwurzeln oder umhauen. Und man kann schon heute auf seinen Träumen des Neuen beginnen!" Er blieb den Belgier und den Amerikaner an. "Die Kommune! Die klaffende und rostlose Gesellschaft! Das kommende Bauern- und Arbeiterreich!"

Das Gesicht des Belgiers, das bis jetzt scharf und spitz zu dem Brillenrahmen gegeben hatte, wurde spöttisch. "Dann haben wir das Paradies," sagte er mit einem sonderbaren Augenaufschlag, "wenigstens der eine, der nach der großen Herrschaftsmutter und dem allgemeinen Loschlagen übrigbleibt!"

Fast alle, die am Tisch saßen, hatten zugehört. Der Schotte und der Gedudie, die später eingetreten waren, auch. Einige lachten über die Worte des Belgiers. Besonders der dritte Holländer mesterte auf.

Mit diesem Lachen endete das Gespräch. Der Amerikaner läßt bereits seine Gräze. Der Däne, der vor Zorn einen feuerroten Kopf bekommen hatte, tat dasselbe, und die anderen lächelten und tranken mit.

Die einzige, die weiter mit Unterbrechungen aß, war die Französin. Sie hatte lange auf den Gedudies gewartet, und als er eingetreten war, hatte sie ihm mit Mund und Körper entgegengestellt.

Der, das lederne Gesäß zeigte nicht die geringste Aenderung, beschrie sie aber kaum. Auch jetzt, als er seinen Brei löffelte, ließ er nicht zu ihr hin, und als sich ihre Gesichter doch trafen blieb das seine hart und unbeweglich. Er streifte sie bloß und

Ein unerhörter Meisters Geheiss!

Das Königsberger Verbrechen wird auf die Spitze getrieben — Rechtsmachiung der Mitglieder — Hinauswurf ohne statutarisches Verfahren — Eisenbahner, heraus zum Massenprotest gegen diesen Schandtreter!

Nachdem der Hauptvorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner durch seine Beauftragten die Königsberger Ortsgruppe des Verbandes aufgelöst hat, läßt er jetzt einen neuen emporenden Schandstreit folgen. Durch die Kommission des Hauptvorstandes, Pötsch und Preuß, wurde den bisherigen Mitgliedern ein Revers zugesandt, der, so reicht die Geschichte der Gewerkschaften an reformistischen Schanddokumenten ist, bis heute beispiellos dasteht, weil er die einfachen Mitglieder völlig entreden und auf Gedanke und Werbung der Willkür der zentralistischen Führer ausliest. Der Revers, der im ganzen Reich einen Sturm des häßlichen Protestes hervorruft, muß hat folgenden Wortlaut:

Erklärung.

Unterzeichnete beabsichtigt auch fernerhin Mitglied des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands zu bleiben und lehnt die Befolgung etwaiger Anordnungen und Richtlinien der Kommunistischen Partei oder der logenannen roten Gewerkschaftsinternationale (Sitz Moskau) bzw. ihrer Unterabteilungen, soweit sie keine gewerkschaftliche Tätigkeit betreiben, mit aller Entschiedenheit ab.

Mehrgebend sind für Unterzeichneten die Verbandszulassungen, Beihilfe der Verbandsstage und der übrigen Verbandsinstanzen, sofern sie den Satzungen des Einheitsverbandes nicht widersprechen, sowie die Beschlüsse und Anweisungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), der Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) und des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB).

Zusätzliches lehnt Unterzeichnete jede Beteiligung an der Bildung organisierter Zellen oder Fraktionen ab, da dadurch das Eigenleben des Verbandes zerstört und seine Fortsetzung gefährdet wird.

Unterzeichnete gesteht dem Verbandsvorstand das Recht zu, ihn ohne weitere Verfahren aus der Organisation zu entfernen, wenn er sich nicht im Sinne obiger Erklärung in der Organisation befindet.

Doch so, wie angegeben, zu verfahren ist und daß diese Erklärung den Willen des Unterzeichneten zum Ausdruck bringt, bestätigt durch eigenhändige Unterschrift:

Name	Dienstgrad
Dienststelle	

Bei dieser schamlosen Revers nicht geplant, jeden ehrenhaften Eisenbahner, auch wenn er bisher der Opposition nicht angehört hat, zum lebensfeindlichen Widerstand gegen lochige Methoden aufzurufen? Wer könnte mit ansehen, wie eine kleine Zahl reformistischer Führer derartig freudig mit der Einheit der freien Gewerkschaften umgeht? Ist es nicht jedem klar, daß die Schafe und Preuß und Pötsch durch diesen Revers gerade verhindern wollen, daß die ostpreußischen Eisenbahner im Verband

Rechtsmachiung der Mitglieder — Hinauswurf ohne statutarisches Verfahren — Eisenbahner, heraus zum Massenprotest gegen diesen Schandtreter!

Jedermann ist bekannt, daß die SPD ganz offen Fraktionen in den Gewerkschaften bildet. Im Vorwärts vom 17. März (Morgenausgabe) ist eine Proklamation der Berliner SPD-Eisenbahner für den 19. März angezeigt, in der das Hauptvorstandsmitglied Preuß über die Befähigung der freien Gewerkschaften bei den Wahlen referiert. Es ist zur Genüge bekannt, daß die reformistischen Spitzen der freien Gewerkschaften ihre Anweisungen vom Parteivorstand der SPD beziehen und bei den letzten Wahlen die Gewerkschaftsorganisationen in den Dienst der sozialdemokratischen Wahlpropaganda stellen. Während aber der Hauptvorstand das selbstverständliche Recht der SPD-Eisenbahner, sich zusammenzuschließen, nicht bestreitet, will er den oppositionellen Kollegen dasselbe Recht verwehren. Aus den Formulierungen des obigen Reverses geht hervor, daß die oppositionellen Mitglieder nicht mehr das Recht haben sollen, ihre Meinung in den Versammlungen zu sagen, sie sollen Mitglieder zweiter Klasse sein.

Doch nicht genug damit! Im obigen Revers sollen die Königsberger Eisenbahner unterstreichen, daß der Verbandsvorstand das Recht haben soll, sie ohne jedes Verfahren aus der Organisation auszuschließen. Dicker Pausa, der Pausa, der selbstverständlich daszialistischen Rechte begehen sollen. Einer derartigen Rechtsmachiung eines Teiles seiner Verbündeten kann kein Eisenbahner tapfer widerstehen. Der selbe Revers, der jetzt in Königsberg erscheint, kann morgen den Eisenbahner in anderen Teilen des Reiches vorgelegt werden. Deshalb muß jetzt durch die Gegenwehr der Eisenbahner im ganzen Reich durchgeföhrt werden, daß der schamlose Königsberger Meisters zurückgezogen wird, daß darüber hinaus alle in Ostpreußen vollzogenen Spaltungsmahnen rückgängig gemacht werden.

Eisenbahner, erkennst, was auf dem Spiele steht! Ihr leidet unter elenden Löhnen und einer überlangen Arbeitszeit. Die Reichsbahndirektion verweigert euch jeden Penny Lohnzuschlag und will nichts von einer Verbesserung der Dienstverhältnisse wissen. Ihr seid, daß ihr ohne Kampf nichts erreichen werdet und die Einheit und Geschlossenheit der freigewerkschaftlichen Reiter ist notwendiger denn je. In dieser Situation verschlägt der Hauptvorstand die Königsberger Ortsgruppe und legt einen ungeheuerlichen Schandstreit vor. Scheidi euch im ganzen Reich gegen diese Methoden! Kordert überall einmütig:

Zurücknahme des Königsberger Reverses!

Rückgängigmachung der Auslösung!

Wiederannahme aller aus politischen Gründen ausgeschlossenen!

Berhindert die Gewerkschaftspolitik!

Die Ortsgruppe Königsberg des Einheitsverbandes der Eisenbahner ist von der reformistischen Bureaucratie geschlagen worden. Den Mitgliedern werden von der Verbandsleitung des Verbandes alle Rechte geraubt. Da Pötsch, Preuß und Kompanie pfeilen auf die Bestimmungen des Status und treten das Bestimmungsrecht der Mitglieder mit Füßen. Jetzt legt die Verbandsleitung den Mitgliedern einen Revers vor, durch dessen Unterzeichnung das betreffende Mitglied auf bestimmte sozialistische Rechte verzichten soll.

Durch Unterschrift soll jedes Mitglied dem Verbandsvorstand des Recht zugestehen, es „zu weitem weiteres Verfahren aus der Organisation zu entfernen“. Das bedeutet die Befreiung der Mitgliederrichtete. Das ist die Vollendung der Diktatur der reformistischen Führer.

Das Beispiel von Königsberg zeigt, mit welchen Mitteln die reformistischen Führer im Interesse der Arbeitergemeinschaft und Schlüpferschwund die oppositionellen Elemente völlig mundtot machen wollen.

Arbeiter! Eisenbahner! Nehmt in Beitraben und Gewerkschaftsversammlungen Stellung!

Gegen die Spaltungspolitik der reformistischen Führer!

Gegen die proletarische Demokratie in den Gewerkschaften!

Gegen Arbeitergemeinschaftspolitik und Schlüpferschwund!

Gegen den Ausbau der Gewerkschaften in proletarischen Klassenkampforganen!

Gegen die Einheit der freien Gewerkschaften!

Konflikt in der bairischen Textilindustrie

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Tarifparteien und der bairischen Textilindustrie gescheitert sind, treten jetzt der Zentralverband arbeitlicher Textilarbeiter, der Deutsche Textilarbeiterverband und der Zentralvorstand der Maschinen und Weberei mit ihren Funktionären zusammen. Es wurde beschlossen, für nur 12 000 von den insgesamt in der Lohnbewegung stehenden 30 000 Arbeitern und Arbeiterninnen am 7. April die Kündigung einzutreiben. Die Unternehmen drohen aber mit der Stilllegung der gesamten Textilindustrie in Südbayern.

Versammlung der Gemeindearbeiter

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Lohnkampf der Gemeindearbeiter

Am nächsten Donnerstag dem 22. März beruft die Ortsverwaltung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes eine Mitgliederversammlung ein. Die Tagesordnung lautet:

1. Taugerobben des Dresdner Volkshauses.

2. Verschiedenes.

Kein Wort wird erwähnt von der Lohnbewegung. Daraus ist zu erkennen, daß der Zentralvorstand den Lohnkampf nicht in den Vordergrund stellt. Nichts ist zu verprüfen von der Mobilisierung der Mitgliedschaft. Die Mitglieder müssen Aufschluß in der Versammlung fordern und die nötigen Maßnahmen treffen, um den Lohnkampf zu führen.

Arbeitskollegen, erscheint in Wassen in dieser Versammlung.

Verantwortliche Redakteure: Dr. Jäger und Schuhpolitis: Rudolf Herren; für Politik, Gemeindewillen, Sport und Heimarbeit: Richard Sennet; für das Arbeitsamt: Arthur Warter, zentral in Dresden. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft — Druck: "Vogel", Dresdner Straße 100.

"Wo fährst du hin?" fragte er plötzlich den Schotten und schloß ihm in die Arme.

"Nach Glasgow und später nach Dundee," antwortete der. Als er aber merkte, daß der Gedudie die Städte nicht kannte, sagte er noch: "Nach Schottland."

"Du bist dort zu Hause?" fragte der Gedudie weiter.

"War, war," sagte der Schotte, "vor 15 Jahren. Ich will es einmal wieder sehen!"

Der Gedudie blinzelt. "Hast du Schnupftabak danach?"

"Nein," lächelte der Schotte, "es ist eine schmierige Geschichte. Ich habe mir in den Staaten einen Haus- und einen Wichtungs erworben. Für die braucht ich Hilfe. Es muß jemand nach dem Web leben, wenn ich meine Weben drehe."

"Also ein Web!" sagte der Gedudie und rieb die Augen auf.

"Ein Web!" antwortete der Schotte ruhig und schob sich Tafel zwischen die Zähne.

"Und gibt es in den Staaten keine?" fragte der Gedudie.

"Ich dachte, es müßten dir genugend an den Hals liegen!"

Der Schotte spuckte in das Wasser. "Ich habe sie vergessen," sagte er. "Eine ganze Reihe. Eine war mir zu mögen, und eine andere war mir zu lieblich. Und was das schlimmste ist — sie sind mir alle fort! Sie liegen im Bett, als würden es Stadtliche. Sie haben Blut im Hirn, aber es läßt ihnen das Blut in den Schenkeln. Was läßt du mit einem Stein?" Ein Web muss Höhe haben!"

Der Gedudie machte die Augen klein und schaute ihm zu. "Sie sind fort," sagte er auch. "Sogar die auf der Straße. Wenn wir uns im Frühjahr keine Regerin laufen können, topfen wir manchmal bis hinunter nach Wetzla. Das waren Männer. Die Brüder hing uns zum Halse heraus, als hätten wir sieben."

Der Amerikaner und der Engländer traten heran. Der Gedudie sprach aber ruhig weiter. "Das heißt," lagte er jetzt „immer trocken wir auch in den Staaten eine Heile. Sie hatte mehr Liebe im Leibe als ein Taubend dieser mögernen Girls. Ich kann niemanden haben. Wir waren in Afrika und strichen hinüber nach Südkamerun. Wir waren leben Landstreicher, und wir krochen über Nacht in eins ihrer großen Scheunen. Als sie uns am Morgen sah und merkte, daß wir ganz prophe Reise waren, packte sie uns erst in eine Schwemme, und wir wurden abgelebt. Vier Tage vertraten wir dann ihren Mann. Sie war möger und edig, und unter dem Rücken läuft wie ein Staden, aber die Brüder lag in ihren knorpeligen Knochen, als sei es leibhaftig. Genua!"

— (Fortsetzung folgt.)

C Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Oberlausitz C

EIBAU		NEUERSDORF		OLBERSDORF	
Fleische und Wurstwaren Hermann Lange, Bürgerweg 405	63351	Reinhold Schuster, Alberstraße 39 Spielmanns 10. Herren-, Damen- u. Kindervbekleidung / Ausstellung nach Maß / Gedrucktes modernes Schuhwerk / Deckenbar billige Preise	63430	Hedwig Ullrich / Lebensmittel Oberdorf 336	63244
Feischedel und Gastwirtschaft Bruno Koch, Helmstraße 1	63352	Bierhalle „Stadt Zittau“, Georgswalder Str. 2 empfiehlt sich der Arbeiterschaft seine Lokalität	63431	Herrnica Zöckert, Fleisch- und Wurstwaren Oberdorf 346	63245
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate, sämtl. Ersatzteile, eigene Reparaturwerkstatt, Gustav Donath Schulstraße 582b	63353	Friedrich Sachse Pelzwaren / Hüte u. Mützen Hauptstraße 47	63432	Walter Kluge Feischedel und Restauration Oberdorf 224	63246
Gerichts-Kreisheim Ballsaal, Vereins- u. Fremdenzimmer empfiehlt sich der Arbeiterschaft A. Hohmann, Hauptstraße 2	63354	Rich. Wissler, Schneider, Haupstr. 14 Bleier preiswert und billige Mähdresch	63433	Bill. Schuster / Bilderei Oberdorf 39	63248
Wollwaren, Trikotagen und Kurzwaren Anna Reisner, Hauptstraße 33	63355	Reinhard Döhlitz und Bruno Schmitz gerne empfiehlt sich der Arbeiterschaft	63434	Dermann Körpe / Seine Blech- und Zubehörwaren / Siebung 322E	63249
Th. Lehmann Kleiderwarenhandlung, Haus- und Küchenmöbel in großer Auswahl Hauptstraße 30	63356	Hermann Schackert Carolastraße 8	63435	Günt. Jähnig / Lebensmittel- und Geschäftsbüro / Siebung 322D	63250
E. Julius Beumann Jr., Bahnhofstraße Kleider, Mäntel, Wäsche, Bettfedern, Gardinen, Decken Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme	63357	Lebensmittelgeschäft Ama Höhlich Gartenbau- und Kreuzbinderei Moltkestr. 555c, Alwin Höhlich	63436	Karl Hoffmann / Brot- und Feinbäckerei Siebung 522C	63251
Kohlen, Briekits W. Wünsche Spedition	63358	Brot, Weiß- und Feinbäckerei Fritz Eberhardt Alberstraße 50/	63437	Hermann Rothmann / Fahrzeug- und Maschinenbauanstalt / Oberdorf 193	63252
Uhren und Goldwaren ADOLF KRIEGEL, Hauptstraße 63359	63359	Hotel Kretscham Großer u. kl. Ballsaal große Vereinszimmer sow. Terrasse empfiehlt Rein. Zöckert, Hauptstraße 135	63438	Axel Skoda, Oberdorf 172 Schuhwaren und Reparaturwerkstatt	63253
Kolonial-, Druck- und Porzellanwaren, Weine, Spirituosen, Delikatessen und Tabakwaren, Fa. Reinb. Röthig Ober. E. Röthig, Hauptstraße 203	63360	Herbert Buden, Mahl- und Konfektionsgeschäft, Hauptstr. 126	63439	EMILIE GÖNNERT, NACHFW. WARENHANDLUNG, Hauptstraße 336	63254
Gasthaus „Zur Ameise“ belebter Ausflugsort, Ballsaal, Vereinszimmer Alpenpiano und schwangerer Garten Rein. Schröder, Hauptstraße 29	63361	Gast- und Wurstwaren Richard Bürger, Alberstraße 507z	63440	Paul Micklisch, Nr. 74 Materialwaren	63255
Feischedel und Gastwirtschaft Emil Schulze, Grenzstr. 208	63362	Selma Klein, Lebensmittel Spes., Leinste, deutsche und französ. Tafelseller / Luitpoldstraße 56b	63441	Maria Lindner / Kolonialwaren Oberdorf 34	63256
Steudtners Möbellager Eibau	63363	RESTAURANT Brauerei mit Feischedel Max Christopf, Mittelstraße 56d	63442	Gustav Richter, Hauptstraße 409b Brot-, Weiß- und Gebäckbäckerei	63257
Lebensmittel-Haus Georg Häupmann, Hauptstraße 276	63364	Legisl. u. Wollwaren, Reinhard Röder Zillmann-Straße 24g, Oberdorf	63443	Taubmann's Restaurant Mitteldorf 134	63258
Fleisch-, Grünwaren Delikatessen Paul Heinke, Hauptstr. 321	63365	Fr. Ernst Paul jr. Zollstraße Damen-Konfektion u. sämtliche Textilwaren	63444	Pfeisch- und Wurstwaren Pröhlichschenke Hauptstraße 99	63259
Feischedel und Wurstwaren Franz Jenisch, Hauptstraße	63366	Riempern, Haus- und Küchengeräte Gustav Dehner, Hauptstr. 378	63445	Bruno Neumann Haus- und Küchengeschäft Oberdorf 180	63260
EIBAU-WALDDORF		Restaurant zur Kanone Ish. Bartsch e.v.w. Marzschner — Vorzügliches Mittagsgericht —	63446	Prinzessin Sophie Bäckerei / Konditorei Spezialitäten: Honig- und Pfefferküche	63261
Kretscham-Walddorf empfiehlt Konzert- und Ballsaal sowie Gesellschaftssaal, Vereins- und Fremdenzimmer Frau verw. Weise	63367	6. Schmidt, neben der Kirche Oberegg, im Göte- u. Meßl. Spielwaren	63447	Nieder-Oderwitz	
Gasthaus Friedenselche (Spielze)	63368	Fleisch- und Wurstwaren Heg. Neumann, Geutendorf, Str. 730	63448	Linke Elektro-, Korb- und Küchengeräte	63262
Vereinszimmer, Barren für alle Vereinslokalen HERMANN ADAM	63369	SEIFHENNERSDORF		Paul Gutschke Fleisch- und Wurstwaren	63263
KONIGSHAIN		Hotel und Café zum Kretscham Ballaal. Große Vereinszimmer Großes Gelände für Veranstaltungen	63449	Alfred Goldberg Brot-, Weiß- und Feinbäckerei	63264
ERNST SCHOLZE Rödel, Drogen u. Aufzehr. / Dr. St.	63370	Fahrer, Näh-, Wasch- u. Waschmaschinen Kolonialwaren, Feuerwaren, Spirituosen u. Weine Emil Wilhelm, neben Kretscham	63450	Adolf Neumann Kattleret / Lederwaren u. Kinderwagen	63265
Eden-Geschäft und Feischedel Max Dreßler / Nr. 66	63371	Bären- u. Damenbüte / Mäuse / Herrenartikel Berthold Weise, Hauptstraße 571	63451	Alwin Jähne Rödelmühlen und Bettfernsender	63266
MAX POHL Bäckerei und Kolonialwaren / Nr. 122	63372	Fleisch- und Wurstwaren Paul Matthäus, Hauptstraße 490	63452	Chr. Günzel Schuhwaren und Reparaturwerkstatt	63267
Gerichtskreisheim Königshain	63373	Großes Mäuse- und Schafwollwaren Haus- und Küchengeräte Kontinent, Zillmannstraße 10	63453	Max Schuster Brot- und Weinbäckerei	63268
Hedwig Jung Brot- und Weißbäckerei	63374	Restaurant zur Linde, Alte Zollstr. 22 empfiehlt sich der Arbeiterschaft	63454	OBWALD KNOBLICK Brot- und Weinbäckerei	63269
Bergschänke Inhaber: Ferd. Heidrich	63375	Andreas Lehmann	63455	Gottlob Rudolph Kolonialwaren Drogen u. Farben Nr. 216	63270
Richard Primazek Muffinsalon / Tafelseller u. Süßwarenfiliale	63376	OSTRITZ		E. O. Deutscher Nachl. Redolf Salzow Käsespezialität, Käsewaren- und Lebkuchen Fasanerie 30 (330)	63271
Reinhard Böhm Fleisch- und Wurstwaren / Nr. 146	63377	EDUARD STRITTELZEL, Kolonial- und Taschenwaren, Delikatessen, Städtschule	63456	Hans Hartich Beinen und Baumwollwaren Nr. 31 393	63272
Max Wildner Kreisschädel und Testikulare / Nr. 62	63378	Max Müller, Markt 66 Fleisch- und Wurstwaren	63457	OBER ODERWITZ	
Gasthaus und Feischedel Zum kleinen Grund	63379	Hermann Schulze, Konditorei, Bäckerei Hohenholzstraße 243b	63458	Carl Gustav Glathe Drogen / Farben / Lacke	63273
Max Schubert Schuhwaren und Reparaturen	63380	Rich. Mayer Schuhwaren u. Repar. Prädicate 95	63459	Gustav Döring Bäckerei / Jämmeldingen / Spezialbrot	63274
JOHANN KLAUS Molkerei und Käsekonditorei	63381	Richard Sprenger Bergstraße 50 Leder-, Polster- und Gardinenwaren	63460	Paul Jährling Fleisch- und Wurstwaren	63275
Friedrich Rieclus Wurstmeister, Görlicher Straße 174	63382	P. Ritter Görlicher Straße 124 Massivholzwaren und Kostümstoffe	63461	RICHARD MICHL Bekleidung / Papierwaren / Geschenkartikel	63276
Otto Göhde, Inh. M. Göhde Schuhwaren und Reparaturen	63383	Willy Germann B.-S.-Str. 200, Nr. 263 Schuhwaren Wollgesäßhose	63462	FRIEDERSDORF	
J. Reimer, Görlicher Straße 229	63384	Otto Sprenger Bergstraße 62b Süßwaren- Special-Geschäft	63463	Reinhold Steudtners Lebensmittel	63277
Karl Rößler, Görlicher Straße 1/2	63385	Paul Schwerdtner Markt 43 Uhren, Gold- und Silberwaren	63464	Kretscham u. Feischedel EMIL KAUB Materialwaren	63278
Edna Berthold, Görlicher Str. 110	63386	Gustav Güller Inh. Harry Blockbun Manufaktur- und Medewerken	63465		
C. Wiesenbütter, Görlicher Str. 107	63387	C. Wiesenbütter, Görlicher Str. 107 Fahrradhause	63466		